

9

**AG Migration und Vielfalt (Vorstand)****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt (Konsens)****Schluss mit Pauschalisierungen in Bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt, die unsere Gesellschaft spalten und neue Formen der Diskriminierung schaffen**

1 Die SPD setzt sich auf allen Ebenen gegen  
2 jede Form von Diskriminierung, Antisemitis-  
3 mus und Muslimfeindlichkeit ein. Wir wen-  
4 den uns in der aktuellen Situation auch gegen  
5 die pauschalisierende Rhetorik, dass ein En-  
6 gagement für das palästinensische Selbstbe-  
7 stimmungsrecht – auch vor dem Hintergrund  
8 des entsetzlichen Terroranschlags der Hamas  
9 vom 7. Oktober 2023 – automatisch eine Bil-  
10 ligung der Hamas und ihrer Gewaltideologie  
11 bedeute. Der Krieg im Nahen Osten birgt die  
12 Gefahr eines Flächenbrands. Gleichzeitig sind  
13 die Auswirkungen des Krieges in vielen Län-  
14 dern und deren Öffentlichkeit erheblich.

15

16 Das Kinderhilfswerk UNICEF berichtet von ei-  
17 ner dramatischen Zahl von Todesopfern un-  
18 ter der Zivilbevölkerung in Gaza, insbesonde-  
19 re unter Kindern. Dies ist nicht akzeptabel. Die  
20 Unterstellung, dass jede\*r, die/der sich für die  
21 Solidarität mit dem palästinensischen Volk  
22 und dessen Selbstbestimmung einsetzt, auch  
23 ein Unterstützer der Hamas sei, muss ent-  
24 schieden abgelehnt werden. Wir müssen die-  
25 ses Narrativ vermeiden, das inhaltlich falsch  
26 und in seinen Folgen gefährlich ist: Es spal-  
27 tet die Gesellschaft in unserem Land, schafft  
28 Stigmatisierung und eröffnet weiteren Raum  
29 für Formen der Radikalisierung. Diese Rheto-  
30 rik hat ein wachsendes Klima der Feindselig-  
31 keit gegen jede\*n bewirkt, die/der Muslim ist  
32 oder als solcher betrachtet wird, sowie ge-  
33 gen jede\*n, die/der den Grundsatz vertritt,  
34 dass das Leben eines/einer Palästinensers\*in  
35 genauso viel wert ist wie das Leben anderer  
36 Menschen.

37

38 Das Engagement gegen Antisemitismus ist  
39 nicht unvereinbar mit dem Engagement für

40 die Freiheit der Palästinenser. Deshalb ist es  
41 ein fataler Fehler, jede\*n, die/der die Achtung  
42 der Menschenrechte in Gaza und ein Ende  
43 der Bombardierungen fordert, als Antisemit  
44 zu bezeichnen. Wir müssen einen Raum für  
45 den interkulturellen und interreligiösen Dia-  
46 log fördern, hier in Berlin, zum Beispiel in  
47 Form einer jährlichen Konferenz, die vom Ber-  
48 liner Senat unterstützt wird.